



Forstwirtschaft im Bayerischen Wald

H. MADEJ / BILDERBERG

AGRARLOBBY

Notopfer für Waldbesitzer

Die Bundesregierung weigert sich trotz des anhaltenden Sparkurses, eine seit Jahrzehnten sinnlose Steuervergünstigung für Waldbesitzer zu streichen. Seit den sechziger Jahren findet sich in den jährlich neu zu bearbeitenden Einkommensteuer-richtlinien eine bizarre Gunst für Eigner von Waldgrundstücken, die „Waldwertminderung“. Die haben Agrarlobbyisten in Zusammenarbeit mit Landwirtschaftsmini-

ster Jochen Borchert (CDU) jetzt auch in das Steuerjahr 1997 hinübergerettet. Obwohl der Forst kontinuierlich wächst und damit an Wert gewinnt, dürfen die Forsteigner Jahr für Jahr drei Prozent des Wertes steuermindernd abschreiben. Dieser Steuervorteil ohne jede gesetzliche Grundlage ist eine Erfindung von Finanzbeamten. Eine Mehrheit der Bundesländer wollte im vergangenen Herbst das widersinnige Pri-

vileg ersatzlos streichen. Dem hätte das Bundeskabinett zustimmen müssen. Auf Intervention von Borchert beschloß das Kabinett im Dezember jedoch, die Anregung der Länder zu ignorieren. Damit bleibt den Waldbauern ihr Steuervorteil erhalten. Die Bundesratsmehrheit könnte zwar auf der Streichung beharren. Doch dann würde sich die Verabschiedung der gesamten Einkommensteuerrichtlinien verschieben. Die aber brauchen die Finanzverwaltungen in den Ländern dringend. Deswegen wird sich wahrscheinlich der Bundesrat dem Kabinett in Sachen „Waldwertminderung“ erneut fügen.

SOZIALPOLITIK

Keine Kuren für Mütter

Immer mehr Frauen mit Kindern wird von den Krankenkassen der Zuschuß zu Mütterkuren versagt. Deshalb kann das Deutsche Müttergenesungswerk erstmals in seiner 46jährigen Geschichte seine 126 anerkannten Häuser nicht einmal mehr zur Hälfte belegen. Die Arbeiterwohlfahrt setzt inzwischen bereits einige ihrer Angestellten auf Kurzarbeit. In Niedersachsen müssen vermutlich Heime schließen, weil die Krankenkassen die Tagessätze kürzen wollen.

Dabei sollte die Müttergenesung (1995 rund 40 000 Kuren) eigentlich von den Einschnitten der Gesundheitsreform verschont bleiben. Doch die Krankenkassen gehen verstärkt dazu über, Vorsorgekuren für schwerbelastete Mütter nicht mehr zu ge-



Müttergenesungsheim (in Faßberg)

nehmigen und Wiederherstellungskuren drastisch einzuschränken. So dürfen die AOK-Geschäftsstellen im NRW-Bezirk Nordrhein pro Jahr nur noch höchstens zehn Müttern Kuren zugestehen.

IRAN

Grüner Rückzug

Die Bonner Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen hat ihren Plan, die Iranpolitik der Bundesregierung mit einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß zu durchleuchten, still zu den Akten gelegt. Fraktionschef Joschka Fischer wollte vor allem Außenminister Klaus Kinkel (FDP) und Kanzleramtsminister Bernd Schmidbauer (CDU) wegen ihrer engen Kontakte zum Mullahregime in Bedrängnis bringen. Bei vertraulichen Sondierungen lehnten die Sozialdemokraten jedoch eine Unterstützung des Fischer-Vorhabens ab. Auch bei den Grünen mehrten sich die Zweifel. Sie fürchteten, nicht genügend Details zutage zu fördern, welche die Bundesregierung in politische Schwierigkeiten bringen könnten.